

Im Fokus: Kroatien

Wirtschaft und Politik

Regierung hat bei Auflösung des Investitionsstaus viel zu tun

ZAGREB (owr/gtai)--Kroatien erhofft sich von den Mitteln aus den europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds nach dem voraussichtlichen EU-Beitritt Mitte 2013 einen Investitionsschub. Für Projekte in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasser- und Abfallwirtschaft, Transport und Logistik, Agrarindustrie sowie den Tourismus stehen dann umfangreiche Mittel aus Brüssel bereit. Damit die Investitionen in Gang kommen, muss sich vor allem das Umfeld noch ändern. Administrative Hürden zählen zu den Haupthemmnissen.

Als sogenanntes technisches EU-Beitrittsdatum steht für Kroatien nun der 1. Juli 2013 fest - ein halbes Jahr bevor der neue Brüsseler Finanzplan ab 2014 in Kraft tritt. Damit können dem Land für die letzten sechs Monate der alten EU-Haushaltsperiode 2007 bis 2013 noch Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds bereitgestellt werden, falls der Beitritt Mitte 2013 auch erfolgt. Für das Gesamtjahr 2013 wären dies rund 2 Mrd EUR. Offen ist noch, wie viel davon Kroatien für die zweite Jahreshälfte erhält.

Beratungsbranche steckt noch in den Kinderschuhen

Von ausländischer Seite ist das Interesse an Projekten mit Fördermitteln noch sehr begrenzt. Auch die Entwicklung einer Beratungsbranche steckt noch in den Kinderschuhen. Grund dafür mag der langwierige Prozess der Beitrittsverhandlungen sein und das Fehlen eines Beitrittstermins, über den es erst seit Kurzem mehr Klarheit gibt. Aber auch in Kroatien selbst war das Interesse an den Vor-Beitrittschilfen bislang nicht besonders groß. Im Rahmen des IPA-Programms stehen bis zu diesem Jahr insgesamt 715 Mio EUR bereit. Davon sind bislang aber nur 118 Mio EUR genutzt worden. So kann etwa die Landwirtschaft im Zeitraum 2007 bis in dieses Jahr auf 175 Mio EUR zugreifen, doch hat sie in den ersten beiden Jahren bereits jeweils rund 30 Mio EUR „verloren“.

Die Regierung hat in letzter Zeit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um den Investitionsstau im öffentlichen und pri-

vaten Sektor zu überwinden. Nicht so sehr der Kapitalmangel als Folge von Haushaltssanierung, Kreditklemme und Wachstumsschwäche ist Haupthemmschuh für Investitionen, sondern es sind noch immer administrative Hürden. Dabei behindern lückenhafte Grundbücher nach wie vor Investitionen vor allem im Tourismus- und Agrarsektor. Nur 5% des kroatischen Territoriums sind nach 1991 nach klassischen Methoden neu vermessen worden.

Vier Bereiche nennt der für die Investitionsförderung zuständige Vize-Premier, Domagoj Milosevic, in denen in Kroatien verstärkt investiert werden soll: Energie, Nahrungsmittel, Infrastruktur und Tourismus mit Medizintourismus als neuem Schwerpunkt. Große Änderungen sind an diesen Prioritäten auch nach einem möglichen Regierungswechsel nach Parlamentswahlen, die bis spätestens im März nächsten Jahres abgehalten werden müssen, kaum zu erwarten.

Das „Nein“ zur Atomkraft in Deutschland hat die Diskussionen um die Energiezukunft in Kroatien angefacht und ihnen einen neuen Aspekt hinzugefügt. So werden für das auf Eis gelegte LNG-Projekt in Omisalj auf der Insel Krk nun neue, schneller umsetzbare Lösungen gesucht sowie seine Einbeziehung in das von der EU unterstützte Adria-/Ostsee-Erdgas-pipeline-Projekt. Ohnehin setzt Kroatien weiterhin auch auf fossile Energieträger. Für den Kraftwerksblock C beim Kohlekraftwerk Plomin in Istrien soll noch im Juni die Suche nach einem strategischen Partner für ein Joint Venture starten. Eine PPP-Kon-

struktion wird auch für das Wasserkraftwerk Ombla angestrebt, das zu den Projekten gehört, die Milosevic als sehr wahrscheinlich einstuft.

Gas- und Dampfkombi-Kraftwerke sind in Planung

Geplant sind darüber hinaus Gas- und Dampfkombi-Kraftwerke, wie Wirtschaftsminister Djuro Popijac gegenüber einer Unternehmerdelegation aus Bayern hervorhob. In Südkroatien hat der Ausbau des Erdgasnetzes begonnen. Der Erdölpipelinebetreiber Janaf baut gegenwärtig in Omisalj und Sisak Erdöllager-Kapazitäten auf und investiert in eine Erdölprodukte-Pipeline, die kroatische Raffinerien mit Verbrauchspunkten in Südosteuropa verbindet.

Private Investoren zeigen schon seit Längerem ein großes Interesse an der Erschließung erneuerbarer Energiequellen (EE), an denen Kroatien reich ist. Neben Wasser sind dies vor allem Biomasse/Biogas, Sonne und Wind. Der Flut von insgesamt rund 700 Anträgen steht ein recht zäher Genehmigungsfluss gegenüber. Gefragt sind vor allem Lizenzen für die Einspeisung von Windenergie ins Stromnetz, wobei die EE-Aufnahmekapazität des Stromnetzes ein Engpassfaktor ist ebenso wie die langwierigen Raumplanungsverfahren. Investoren berichten von bis zu 60 Genehmigungen, die für die Errichtung eines Windparks erforderlich waren. Eine vergleichende EU-Studie nennt allerdings nur sechs Genehmigungsschritte für Kroatien gegenüber einer bis zwei in Deutschland.

Die Regierung will die staatliche Stromgesellschaft HEP nun zum Netzausbau verpflichten. Gegenwärtig liegt dessen technische Aufnahmefähigkeit bei 400 MW für EE-Strom insgesamt. Schneller lassen sich die Hindernisse für Sonnenstrom abbauen. Noch dieses Jahr soll die Einspeisevergütung neu geregelt werden, so dass auch Strom aus Anlagen von über 1 MW zu den Sondertarifen abgenommen wird.